



II-6948 der Beilagen zu den Stenographischen Protokollen
des Nationalrates XVII. Gesetzgebungsperiode

Republik Österreich
DER BUNDESKANZLER

A-1014 Wien, Ballhausplatz 2
Tel. (0222) 531 15/0
DVR: 0000019

Zl. 353.110/25-I/6/89

28. März 1989

3148 IAB

1989 -03- 28

zu 3190 IJ

An den
Präsidenten des Nationalrates
Rudolf PÖDER

Parlament
1017 W i e n

Die Abgeordneten zum Nationalrat Dr. Khol und Kollegen haben am 26. Jänner 1989 (eingelangt am 30. Jänner 1989) unter der Nr. 3190/J an mich eine schriftliche parlamentarische Anfrage betreffend Katastrophenhilfe der österreichischen Bundesregierung gerichtet, die folgenden Wortlaut hat:

- "1. Hat es Anregungen von Mitgliedern der Bundesregierung gegeben, auch Jamaika mit Mitteln der Katastrophenhilfe der österreichischen Bundesregierung zu unterstützen?
2. Wenn ja, von wem wurde die Anregung erstattet und wie hat diese Anregung genau gelautet?
3. Wird dieser Anregung nachgekommen werden?
4. Wenn ja, wann?
5. Wenn nein, warum nicht?

- 2 -

6. Wenn nein, worin sehen Sie den Unterschied zwischen den Wirbelsturmkatastrophenfolgen in Jamaika und denen in Nikaragua?"

Diese Anfrage beantworte ich wie folgt:

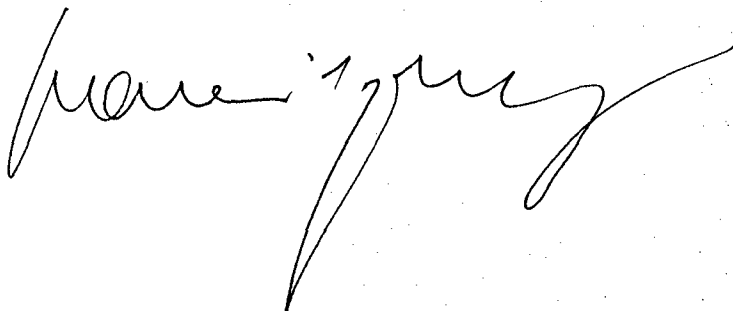
Zu den Fragen 1 und 2:

Das Bundesministerium für auswärtige Angelegenheiten hat mit Note vom 21. September 1988, GZ 96.16.13/7-IV.2/88, aus Anlaß der Wirbelsturmkatastrophe in Jamaika angeregt, einen Beitrag zur Linderung der Not der betroffenen Bevölkerung zu leisten.

Zu den Fragen 3 bis 6:

Die Beschlußfassung über einen von mir eingebrachten diesbezüglichen Antrag wurde vom Ministerrat am 15. November 1988 zurückgestellt, weil Bedenken über die Angemessenheit des Umfangs der Hilfeleistung vorgebracht wurden. In der Folge wurde der Umfang der internationalen Hilfeleistung an Jamaika bekannt.

Dabei wurden durch die UNDR0, aber auch von offizieller jamaikanischer Seite Beträge genannt, die bei weitem über dem Ausmaß der Hilfeleistung für Nikaragua, das zusätzlich durch einen von außen unterstützten Krieg betroffen ist, lagen. Bei dieser Sachlage hat die Bundesregierung beschlossen, die insgesamt zur Verfügung stehenden Mittel Nikaragua zukommen zu lassen.

A handwritten signature in black ink, appearing to read 'Hans-Jürgen', written in a cursive style.